

EU-MILITÄRPOLITIK

Große Pläne



Für eine militärische Führungsrolle der EU im Kosovo: der Balkan-Experte Wolfgang Petritsch, hier 2002 bei der Verabschiedung des Sfor-Kommandierenden John Sylvester. (Foto: Markus Bickel)

In Bosnien übernimmt die EU das Kommando der "Stabilization Force". Das ist ein Schritt nach vorn in Sachen gemeinsame Außenpolitik, aber auch ein Schritt in Richtung weltweiter EU-Militäreinsätze.

Markus Bickel ist freier Journalist und lebt in Sarajevo.

Ein Traum wird wahr. Der Traum von EU-Außenpolitikchef Javier Solana und anderer Protagonisten einer militärisch abgesicherten europäischen Großmachtrolle wurde am vergangenen Donnerstag ein Stück weit Wirklichkeit. Denn die Durchführung weltweiter Militäroperationen galt als wichtiges Kriterium einer eigenständigen europäischen Außenpolitik, seit die Union auf dem Gründungsgipfel von Maastricht im Dezember 1991 die Einführung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (Gasp) beschloss.

Das ist in Bosnien nun fast erreicht: Mit der Übernahme der seit Ende 1995 von der Nato geführten Truppe durch die EU am 2. Dezember steht ein EU-General, der Brite David Leakey, erstmals einer Mission von nennenswerter Größe vor. Die Einheit wird den Namen "Althea" (griechisch: die Heilende) tragen und weiterhin eine Truppenstärke von 7.000 Soldaten umfassen. Auf dem Nato-Gipfel in Istanbul im Juni wurde das vor allem von Deutschland und Frankreich forcierte Begehren nach einem Stabwechsel im Sfor-Hauptquartier gegen den Widerstand Großbritanniens und der USA durchgesetzt. Seit dem Dayton-Friedensschluss waren die Oberbefehlshaber in Sarajevo immer US-Generäle gewesen. Die Sfor-Übernahme ist bereits das dritte Projekt, nach der Ende 2003 ausgelauften EU-Militärmission "Cordocordia" in Mazedonien und der Operation "Artemis" im Kongo, das die EU im Rahmen

ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik durchführt.

Ganz ohne die Nato geht es allerdings in Bosnien nicht - für "Althea" kann die EU weiterhin Ressourcen des Nordatlantikpakts nutzen. Grundlage hierfür ist das "Berlin plus"-Abkommen zwischen beiden Organisationen, das Doppelstrukturen verhindern soll. Das sicherte schon vor einem Jahr in Mazedonien die reibungslose Zusammenarbeit zwischen EU-Militärs und Nato. Außerdem entsteht im "Althea"-Hauptquartier in Butmir am Stadtrand von Sarajevo ein eigenständiges Nato-Büro, das vom derzeitigen Sfor-Oberkommandierenden, dem US-General Steven Schook, geleitet werden wird.

Manöverfeld Bosnien

Ihre Absicht, das Kommando in Bosnien zu übernehmen, hatten die EU-Staats- und Regierungschefs bereits auf ihrem Gipfel in Kopenhagen im Dezember 2002 verkündet. In der kleinen Balkan-Republik, finden die Brüsseler Strategen offenbar ideale Bedingungen vor, um ihre Pläne einer abgestimmten Außenpolitik endlich zu verwirklichen. Schon seit Anfang vergangenen Jahres sind 500 Polizisten aus den EU-Staaten im Rahmen der EU-Polizeimission stationiert. Bis 2005 sind die EU-Polizisten allerdings lediglich beauftragt, die bosnische Polizei beim Aufbau demokratischer und professioneller Strukturen zu beaufsichtigen. Der Uno-Polizeimission war im Dayton-Friedensvertrag von 1995 zumindest noch die Verantwort

ung über die Ausbildung und personelle Ausdünnung des seit Kriegsende von 44.000 auf 18.000 Beamten reduzierten Apparates übertragen worden.

Deutschland wird in der "Althea"-Hierarchie nicht einmal einen Stellvertreterposten besetzen. Dass die schon während des Bosnien-Krieges zwischen Bijeljina und Mostar mit Tausenden Soldaten präsenten europäischen Militärmächte Frankreich und Großbritannien der Bundeswehr dies verwehrten, wird man im Einsatzführungskommando in Potsdam vorerst verkraften können. Zwar ist im deutschen Sfor-Hauptquartier in Rajlovac der Ärger groß, doch das Ausbooten der Deutschen auf militärischem Terrain dürfte in den kommenden Monaten mit Zugeständnissen im Polizeibereich sowie bei der Protektorsratsverwaltung kompensiert werden. So läuft das Mandat des britischen Leiters der Behörde des Hohen Repräsentanten im November 2005 aus - ein Posten, den die Bundesregierung nicht ungerne in deutschen Hände sähe. Und mit dem Wechsel des bisherigen deutschen Polizeichefs der UN-Übergangsverwaltung im Kosovo, Stefan Feller, in den EU-Planungsstab in Brüssel ist deutscher Einfluss auf exekutiver Ebene ebenfalls gesichert.

Der Prozess militärischer Machtübernahme auf dem eigenen Kontinent ist mit "Althea" aber noch lange nicht abgeschlossen. Bereits heute richtet sich der Blick der Brüsseler Strategen von Bos-

nien nach Kosovo, wo die US-Armee ihren Hauptstützpunkt Camp Bondsteel für Jahrzehnte beibehalten will. Dies weniger aufgrund der Situation in Südosteuropa als angesichts der geostrategischen Veränderungen auf dem Kaukasus und in der Türkei. Der frühere Hohe Repräsentant in Bosnien und EU-Kosovo-Sondervermittler etwa, Wolfgang Petritsch, erklärte im Juni, dass "nach Klärung der Statusfrage mittelfristig auch im Kosovo eine europäische - auch militärische - Führungsrolle das Richtige ist".

Reconquista

Während Petritsch bei der militärischen Absicherung des Protektorats - nach den antiserbischen Pogromen im März wurde die Nato-geführte Kosovo-Schutztruppe auf über 20.000 Mann aufgestockt - auf einem Fortbestand der US-Präsenz beharrt, geht der Ex-Staatssekretär im Auswärtigen Amt, der SPD-Bundestagsabgeordnete Christoph Zöpel noch weiter. "Die EU sollte zeigen, dass sie in der Lage ist, die Gesamtverantwortung in Südosteuropa zu übernehmen und damit den USA die Chance zum Rückzug zu bieten", erklärte er kurz nach den Krawallen im April. Bereits im Sommer 2003 war in Brüssel über eine EU-geführte Militärmission in Moldawien zur Ablösung der dort stationierten russischen Truppen spekuliert worden - ein Projekt, das wohl nur vorübergehend auf Eis gelegt ist.

Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU beschränkt sich aber keineswegs auf Europa, wie der rezente Vorstoß von Verteidigungsminister Peter Struck zur Entsendung deutscher Truppen nach Afrika zeigt. Im Gegenteil: Nach zweijähriger Arbeit legte das EU-Institut für Internationale Sicherheitsstudien in Paris Ende September ein Papier vor, das die Blaupause liefert für weltweite Operationen vom Irak bis Afghanistan. Dabei handelt es sich um eine systematische Untersuchung der Bedingungen, Mittel und Möglichkeiten für die Anwendung der vorigen Sommer auf dem EU-Gipfel in Thessaloniki verabschiedeten, so genannten Europäischen Sicherheitsstrategie.

Nicht nur dem Namen nach dient es als Gegenstück zur National Security Strategy der US-Administration, die unter dem Stichwort "Präemption" eine ausgreifende Vorwärtsverteidigung der Vereinigten Staaten fordert. Der Kritik am Hegemonialstreben der USA folgt die Aufforderung an die EU-Regierungen, es dem mächtigsten Nato-Staat gleich zu tun: "Da einer der mächtigsten Akteure im internationalen System die Spielregeln verändert hat, sind diese Regeln zerbrechlicher geworden. Präventivangriffe mögen als Taktik eine überwältigende Versuchung für eine Supermacht wie die Vereinigten Staaten sein, aber gerade weil diese Taktik von einer Großmacht befürwortet und angewandt wird, setzt sie neue Standards internationa-

ler Verhaltensregeln und einen klaren Präzedenzfall, die von anderen Mächten genutzt werden könnten".

Ausgehend von dieser Analyse entwickeln die Autoren ein Programm, das die EU mittelfristig an die Spitze von weitaus anspruchsvolleren - und aggressiveren - Militärmissionen katapultieren könnte als die ab Dezember in Bosnien praktizierte. So sieht das Papier neben "Operationen der Friedensunterstützung" nach dem Vorbild von Sfor in Bosnien und Kfor im Kosovo vier weitere Szenarien vor, in denen autonom agierende EU-Truppen zur Wahrung europäischer Interessen künftig einsetzbar sein müssten: "Humanitäre Interventionen" in hochintensiven Gefahrensituationen nach den Beispielen Ruanda 1993 und Osttimor 1999, "Heimatverteidigung", "Regionalkriege" zur Verteidigung europäischer strategischer Interessen, sowie "Prävention" von Angriffen mit Massenvernichtungsmitteln durch Bereitstellung von rund 1.500 operativen Spezialeinsatzkräften.

Interessen weltweit verteidigen

Ausdrücklich weisen die Autoren darauf hin, dass "Europa seine Verteidigung nicht auf die Annahme gründen" könne, "dass im Mittleren Osten keine militärischen Herausforderungen gleich dem Golfkrieg oder noch größer entstehen würden". Und auch was den Umfang einer weltweit einsetzbaren Krisentruppe angeht, lässt sich der bevorstehende 7.000-Mann-Einsatz in Bosnien fast wie ein Planspiel aus der Zeit vor den Balkan-Kriegen an: Als Ziel wird ein Europäisches Expeditionskorps mit 60.000 Kampfruppen für multinationale Einsatzgruppen empfohlen, das binnen 21 Tagen einsatzbereit sein kann, dazu etwa 600 statt der bisher vorgesehenen 400 Einsatzflugzeuge.

Zumindest auf dem Balkan dürften die USA der EU in nächster Zeit nicht in die Quere kommen. So erklärte der frühere US-Botschafter in Kroatien und Serbien-Montenegro, William Montgomery, nach dem Wahlsieg George Bushs Anfang November in einem Interview: "Unter Clinton war der Balkan eine seine Hauptprioritäten, und seine Mitarbeiter kannten sich in der Region hervorragend aus." Damit sei es spätestens seit den Anschlägen vom 11. September 2001 jedoch vorbei: "Die Verantwortung für die Lage auf dem Balkan möchte man der EU überlassen."

Markus Bickel